

# Gerechtigkeit im Generationswechsel

Von Niels Annen und Björn Böhning

Die Situation der SPD ist ernüchternd. Seit Wochen im U30%-Turm gefangen, treibt eine desorientierte Partei im politischen Schlamm der negativen Stimmungen und leidet an einer notorischen Mobilisierungsschwäche, die nicht zuletzt auch in den Massenaustritten der vergangenen Monate ihren Ursprung hat. In diese Phase kommunizierter Desillusion und fehlender politischer Perspektive versuchte Olaf Scholz die programmatische Debatte der Partei durch die Definition eines „neuen Gerechtigkeitsbegriffs“ wieder anzustoßen. Die Debatte darum, wie Deutschland und Europa 2030 auszusehen hat, ist zweifelsohne zu führen. In der aktuellen Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 und deren Folgen, läuft die Gerechtigkeitsdebatte jedoch Gefahr, zur reinen philosophischen Legitimation des tagesspolitischen Klein-Klein zu verkommen. Dabei müssen sich gerade sozialdemokratische Linke darüber im Klaren sein, dass jetzt nicht der Fehler gemacht werden darf, sich von den zentralen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungsfeldern zu verabschieden.

Nichtsdestotrotz darf nicht unwidersprochen sein, was Olaf Scholz unter neuer Gerechtigkeit versteht, insbesondere wenn es darum geht, sich von Begriffen der „Verteilungsgerechtigkeit“ oder des „demokratischen Sozialismus“ zu verabschieden. Die Auseinandersetzung um Begriffe ist dabei auch ein Kampf um die Werte der Sozialdemokratie. Doch einen zentralen Fehler begeht die Parteiführung dabei: Sie geht mit dem individuell tief verankerten Verständnis von sozialer Gerechtigkeit um, als ob dieses wie ein Antragstext einfach umgeschrieben oder gelöscht werden könnte. Mit anderen Worten: Hegemoniale Interpretationen, die in sozialen Milieus wurzeln, lassen sich nicht durch eine Begriffs-umdeutung von oben abschaffen oder verändern, ohne bei der gesellschaftlichen Basis Unverständnis hervorzurufen.

Die Konfrontation von Gerechtigkeitsbegriffen, wie der Chancengleichheit im Bildungswesen, mit der Frage gesellschaftlicher Umverteilung entblößt sich dabei als Quadratur des Kreises: Oder hat nicht gerade die PISA-Studie dargelegt, wie ungleich die Chancen im Bildungswesen gerade für diejenigen mit unprivilegiertem Herkunft verteilt sind? Und ist es nicht Gebot der Sozialdemokratie den

Geldbeutel der Eltern nicht zum Maßstab für gesellschaftliche Chancen werden zu lassen? Soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht dadurch definieren, dass Begriffe gegeneinander gestellt oder ausgetauscht werden. Wird der Begriff der sozialen Gerechtigkeit für die SPD beliebig, wird auch die SPD beliebig.

Als junge sozialdemokratische Generation wollen und werden wir die Frage einer sozialen Erneuerung in Wirtschaft und Gesellschaft daher nicht nur den „Enkelsöhnen“ überlassen, sondern die soziale Frage im 21. Jahrhundert progressiv gestalten. Es gilt, die veränderten Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft aufzugreifen, und in einen neuen Transfermechanismus zwischen relativen VerliererInnen und GewinnerInnen der Modernisierung einmünden zu lassen.

## Den Wandel gestalten – neue Politik wagen

Ein Politik, die auf der Vereinbarkeit von Modernität und Solidarität gründet, ist weit mehr, als es die Agenda 2010 ausdrückt. „Modernisierung der Politik bedeutet nicht, auf Meinungsumfragen zu reagieren, sondern es bedeutet, sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen.“ (Schröder-Blair-Papier 1999) Dies sollte sich die Regierung Schröder häufiger vor Augen führen. Das „System Schröder“, die Politik als „Tageskompetenz“ auf die Überschriften der Bild-Zeitung aufzubauen, ist Teil des Problems der SPD und wird nicht durch fehlende Langzeitkommunikation besser.

Denn wie die Diskussionen seit dem Sonderparteitag bereits zeigen, bleibt diese Agenda nur ein Stückwerk, das keine Idee einer Erneuerung des Sozialstaats enthält. Stattdessen beschränkt sich ein Großteil der Regierung darauf, Sozialreformen auf Abbaudebatten zu beschränken, ohne auch nur eine Perspektive für die Zielrichtung und die Qualität sozialstaatlicher Leistungen zu benennen. Das gilt im übrigen für alle Seiten: Für Arbeitgeber, für große Teile der Gewerkschaften, für Regierung wie für die Opposition.

Gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen haben sich fundamental verändert. Das bedeutet vor allem, dass die Erwerbs- und Lebensläufe junger Menschen andere sind, als diejenigen, für die der deutsche Sozialstaat „soziale Gerechtigkeit“ definiert hat. Aber vor allem haben die Menschen auch andere Ansprüche an den Sozial-

staat, andere Ansprüche an soziale Gerechtigkeit: Frauen wollen sich nicht mehr mit dem männlich dominierten Normalarbeitsverhältnis abfinden und den Erwerbswunsch plus Familie ausgeschlossen sehen. Männer verstehen nicht, warum zwischen dem 35. und 50. Lebensjahr sich Arbeit immer mehr verdichtet und Überstunden angehäuft werden, wenn eigentlich Familie, Kindererziehung oder auch Weiterbildung individuell wie gesellschaftlich sinnvoll wären. Und junge Menschen sehen nicht mehr ein, warum sich Arbeit immer mehr entgrenzt und Freizeit zu einem kostbaren Gut wird, während in Zeiten zunehmender Unsicherheit immer mehr Mobilität und Flexibilität abverlangt wird.

Dabei ist es nicht der Punkt, dass die Menschen nicht flexibel wären. Für Junge trifft dies überhaupt nicht mehr zu. Das Problem ist, dass der deutsche Sozialstaat kaum eine Gegen- bzw. Unterstützungsleistung für wachsende Flexibilität, Mobilität und Unsicherheit bereithält. Und statt diese Schiefelage anzugehen, wird nur immer wieder an der einen oder anderen (Finanz-) Stellschraube der bisherigen Struktur gedreht, ohne auch nur darüber zu diskutieren, wie neue individuelle Erwerbs- und Lebensläufe zukünftig abgesichert sein können. Eine soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten muss die Grundlagen legen, für Individualität, Selbstbestimmung und Solidarität in Arbeit und Leben.

## Demografischer Wandel und neue Gerechtigkeit?

Die Bevölkerung in Deutschland altert. Dieser Prozess ist nicht neu, sondern seit Jahrzehnten bekannt. Auf der einen Seite hat der sogenannte „Pillenknick“ zu einer raschen Absenkung der Geburtenrate geführt. Auf der anderen Seite ist die durchschnittliche Lebenserwartung im letzten Jahrhundert kontinuierlich gestiegen und wird weiter steigen.

Der demografische Wandel wird umfangreiche Auswirkungen auf das Gemeinwesen haben. Eine alternde Gesellschaft wird anders aussehen als eine Gesellschaft, in der Alte die Minderheit waren. Die Ansprüche der Menschen wird sich verändern. Wirtschaft und Gesellschaft werden sich auf die Ansprüche und Konsumhaltung einer älteren Gesellschaft einstellen müssen. Staatliche Dienstleistungen und Produkte werden sich der demografischen Entwicklung anpassen müssen. Staatliche Investitionen sind dafür ohne Zweifel notwendig.

Mit der Veränderung der Bevölkerungsstruktur wird sich auch die Arbeitswelt verändern

Niels Annen, Juso-Bundesvorsitzender, Hamburg und Björn Böhning, stellv. Juso-Bundesvorsitzender, Mitglied der spw-Redaktion, Berlin

müssen. Die Ökonomie steht vor der Aufgabe, die Beschäftigung älterer Erwerbstätiger durch Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen zu fördern. Bis 2020 wird der Anteil der 50-65jährigen gemessen an allen Personen zwischen 20 und 65 auf knapp 40% steigen. Heute sind es gerade gut 30%. Das bedeutet vor allem, dass die Volkswirtschaft das Potenzial älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser als heute nutzen muss.

Gesundes – „gutes“ – Arbeiten muss zum Leitbild der kommenden Erwerbsgesellschaft werden. Dem Arbeiten ohne Ende, wie es vor allem die junge Generation bestens kennt, muss durch einen Mix aus tariflichen und gesetzlichen Maßnahmen Einhalt geboten werden. Nur wer lebenslang in gesunden Verhältnissen arbeitet, und nur wem Ruhephasen eingeräumt werden, der wird auch im Alter noch produktiv arbeiten können. Das „Auspowern“ der Menschen im Alter zwischen 25 und 45, wie es bisher betrieblicher Alltag ist, muss beendet werden. Gerade in der Lebensphase, in der Kindererziehung und Weiterbildung individuell wie gesellschaftlich sinnvoll wären, werden Massen an Überstunden von den Beschäftigten angehäuft. Hier wären Initiativen strategischer Arbeitszeitverkürzung sinnvoll.

Der demografische Wandel erhöht sozialstaatliche Aufgaben und schränkt sie nicht ein. Deshalb haben wir auch keinen „Generationenkonflikt“ um schwindende Ressourcen. Sondern wir haben eine Auseinandersetzung um Umbau oder Abbau des Sozialstaates. Das Ziel muss es sein, für alle Generationen ein aktives und sicheres Sozialsystem zu organisieren. Das gilt für heute wie für morgen. Sozialstaatliche Leistungen müssen immer aus der aktuellen Wertschöpfung einer Generation heraus abgeleitet werden. Deshalb ist auch die Finanzierung des Sozialstaates sicherer als vielfach behauptet. Gehen wir pessimistisch von einem jährlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1,4% aus, würde sich bei konstanter Erwerbstätigenzahl und konstanter Bevölkerung das reale BIP im Verlauf von 50 Jahren mehr als verdoppeln. Gerade deshalb brauchen wir eine hohe Produktivität der erwerbstätigen Bevölkerung und eine innovative Volkswirtschaft. Diese schafft den Verteilungsspielraum, mit dem sozialstaatliche Leistungen finanziert werden. Die Sozialdemokratie der nächsten Generation muss dafür sorgen, dass dieser Verteilungsspielraum auch ausgeschöpft wird. Gerade deshalb wird heute und morgen Generationengerechtigkeit nicht ohne Verteilungsgerechtigkeit und umgekehrt zu denken sein. Dazu gehört auch und gerade eine Initiative zur Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Es ist daher nicht die Aufgabe der kommenden sozialdemokratischen Generation vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein Spaltpilz zwischen die Generationen

zu treiben. Und es ist auch nicht unsere Aufgabe, die Spaltungen innerhalb der jungen Generation zu verschweigen und mit der „Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff“ (Albrecht von Lucke) gegen die soziale Sicherung zu Feld zu ziehen. Sondern wir stehen vor der Herausforderung, generationenübergreifend und solidarisch ein Sozialsystem neu zu organisieren, so dass auch kommende Generationen von einem sicheren und flexiblen Sozialstaat profitieren. Gleichfalls ohne die Lebensrisiken zu privatisieren.

Es wäre deshalb einmal Wert darüber nachzudenken, wie der Begriff der Generationengerechtigkeit an bestimmte Kriterien gebunden werden kann, die heute umgesetzt auch nach vorne weisen können. Wir Jusos haben dazu den Vorschlag gemacht, Generationengerechtigkeit konkret zu verknüpfen mit den Ausgaben für Bildung (mindestens 8%) sowie Forschung und Entwicklung (mindestens 3%) gemessen am BIP. Das würde bedeuten, nicht heute über die „schlimme demografische Situation“ im Jahre 2050 zu klagen, sondern jetzt Zukunftschancen für die junge Generation zu sichern.

#### **Auch mal über den Tellerrand schauen...**

Die sozialstaatliche Reformdiskussion haben uns zweifelsohne viele andere Länder voraus. Die Skandinavier waren dafür aus sozialdemokratischer Sicht wohl die erfolgreichsten. Sie haben übersetzt, dass soziale Gerechtigkeit heute auch immer ein „Deal“ zwischen Ansprüchen der Ökonomie und den Ansprüchen der Menschen ist. Flexibilität und Sicherheit, Mobilität und Befähigung sowie Solidarität und ökonomischer Fortschritt gehören eben zusammen und nicht auseinander. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass eine moderne, hochproduktive Ökonomie ohne einen funktionstüchtigen Sozialstaat nicht stabil gehalten werden kann. Gerade das ist eines der Hauptprobleme der Agenda 2010: Sie versucht den deutschen konservativen Wohlfahrtsstaat durch ein unkoordiniertes Kürzen „auf niedrigem Niveau“ zu stabilisieren. Diese kurzfristige Politik wird allerdings nur den Startschuss setzen für die Agenden 11, 12 oder 13. Sie ist auf die Überbrückung der derzeitigen Konjunkturlaute ausgerichtet, nicht auf ein dynamisches (qualitatives) Wirtschaftswachstum und einen nachhaltigen sozialen Fortschritt. Mit anderen Worten: Für eine moderne Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit reicht es nicht aus, Sozialkürzungen aus liberalen Wohlfahrtsstaaten und Druckmechanismen sozialdemokratischer Wohlfahrts-

staaten nach Deutschland zu kopieren. Notwendig ist es vielmehr, ein neues Bündnis zwischen sozialem Fortschritt und ökonomischer Prosperität zu schließen.

Deshalb gilt es für die nächste sozialdemokratische Generation, mit einem ökonomischen Gestaltungsanspruch in die Offensive zu gehen. Das heißt natürlich auf der einen Seite die Frage nach der Finanzierung der Sozialsysteme zu stellen. Auf kurze und mittelfristige Sicht, ist die Frage nach dem richtigen Mix aus beitragsfinanzierten und steuerlichen Bestandteilen zu stellen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass endlich das beitragsfinanzierte System so einnahmesicher gemacht wird, dass es überlebensfähig bleibt. Deshalb ist die Debatte um eine soli-

darische Bürgerversicherung so wichtig. Hier muss sich auf der anderen Seite ein neuer makroökonomischer Diskurs anschließen. Dieser ist der SPD völlig verloren gegangen. Das gilt für den vulgärkeynesianischen Ansatz ebenso wie für die gescheiterte monetaristische Politik

Hans Eichels. Unter den Bedingungen schwacher Konjunktur mit neuen Konsolidierungsprogrammen in die Rezession hineinzu sparen, ist nicht generationengerecht, sondern zerstört heute die Zukunftschancen von morgen. Es gilt aus der Krise herauszuwachsen und nicht hineinzusparen. Eine europäisch koordinierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik ist dafür mehr als überfällig.

#### **Die Rolle des Staates im 21. Jahrhundert**

Der Staat spielt bei der Sicherung von sozialer Gerechtigkeit nach wie vor eine wichtige, wenn nicht die zentrale Rolle. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe in neuen Zeiten wird einen starken Staat brauchen. „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“. Dies gilt auch und gerade für die Sozialpolitik. In der Debatte um „good governance“ setzt sich immer mehr durch, dass die emanzipative Entfaltung der Menschen, aber auch die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur, einen Staat braucht, der Rahmenbedingungen durchsetzen kann und dort regulativ eingreift, wo sich gesellschaftliche und ökonomische Fehlentwicklungen breit machen. Das sieht im übrigen auch die neoliberale Lehre so. Sie will allerdings immer nur dort einen starken (notfalls undemokratischen) Staat, wo er für gute Standortbedingungen, ausreichend Absatzmärkte oder innere Sicherheit sorgt. Die SPD sollte dafür sorgen, dass soziale Gerechtigkeit nur in Zusammenhang mit einem Staat gedacht werden kann, der Freiheit und Individualität,

**Hegemoniale Interpretationen, die in sozialen Milieus wurzeln, lassen sich nicht durch eine Begriffsumdeutung von oben abschaffen.**

Solidarität und Prosperität, Emanzipation und Geschlechtergleichstellung sichert, wahrt und gegen ausgrenzende Kräfte verteidigt. Unsere Vision eines modernen Staates bietet Sicherheit und Chancengleichheit, organisiert Teilhabe und Partizipation und hilft Karriere, Beruf und Freizeit in Einklang zu bringen. Dies gilt im übrigen für alle Bevölkerungsschichten.

Der Wandel der Ökonomie wird nicht nur national, sondern vor allem europäisch, ja global zu gestalten sein. Zum Thema globale Gerechtigkeit findet sich bei Olaf Scholz kein einziges Wort. Angesichts der weltweiten Krisenentwicklung und dem Auseinanderdriften zwischen Nord und Süd ist aber gerade dies eine der Herkulesaufgaben für „modernes Regieren im 21. Jahrhundert“. Eine neue Sozialdemokratie muss die Kraft dazu aufbringen, die gesellschaftliche Regulierung des globalen Kapitalismus voranzutreiben und nach den Kriterien der Nachhaltigkeit, der Demokratie und des Sozialen zu regulieren. Dies ist die zentrale Aufgabe einer globalen linken Bewegung, die die SPD mitgestalten will und muss.

Dies wird nur in einem solidarischen Europa funktionieren: Soziale Gerechtigkeit wird zukünftig europäisch sein – oder sie wird nicht sein. Auch dafür ist die Agenda 2010 der falsche Weg: Sie wird lediglich den Druck auf die anderen europäischen Staaten erhöhen, gleichfalls ihre Sozialsysteme „anzupassen“. Stattdessen sollten endlich koordinierte Schritte zu einem gemeinsamen europäischen Sozialstaat hin unternommen werden. Dieser Sozialstaat kann einen Teil der gesamten europäischen Wertschöpfung dafür verwenden, einen neuen EU-weiten ökonomischen Wachstumspfad zu beschreiten, und gleichzeitig alle Menschen an einer gemeinsamen europäischen Solidarität teilhaben zu lassen. Und es wäre endlich eine abgestimmte Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene notwendig. Die SPD

sollte Vorreiterin einer nachhaltigen, regionalisierten Strukturpolitik, die sich auf die Entwicklung von Wachstumskernen beschränkt. Eine europäisch abgestimmte Strukturpolitik muss ökonomische Innovationsfelder identifizieren und gemeinsam fördern. Gleichfalls sollte eine neue strukturelle Verknüpfung von exportorientiertem Sektor und lokaler Ökonomie durch die Förderung regionaler Wirtschaftskluster erfolgen.

Das bedeutet, nicht immer nur von Deutschland aus mit dem Finger auf Europa zu zeigen, sondern als stärkste Wirtschaftsmacht der EU voranzugehen, wie es zum Beispiel zusammen mit Frankreich bei der Dynamisierung der Stabilitätskriterien gelungen ist und gelingen muss.

### Die Linke und soziale Sicherung

Eines der größten Probleme für die alte Linke ist es, dass ihr das Verständnis dafür abhanden gekommen ist, dass soziale Sicherung nicht nur dafür da ist, die Menschen vor Krisen zu bewahren. Dafür wurde sie auch nicht erfunden. Sondern sie ist dafür da, einen langfristigen ökonomischen Wachstumspfad zu sichern, der – bei entsprechender Verteilung – auch einen Teil an Solidarität organisiert. Nachfragestabilität, Sicherung von Ausbildung und Qualifizierung, Förderung von Flexibilität und Mobilität sowie Sicherung von Bildung und Innovation sind die wichtigsten Pfeiler unseres Sozialstaats. Diese müssen wieder mehr zur Geltung kommen. Nicht durch die Kürzung bisheriger Leistungen, präventive und flexible Versicherung:

Zum Beispiel sollte die Arbeitslosenversicherung nicht erst dann wirksam werden, wenn der Risikofall Arbeitslosigkeit eingetreten ist, sondern als „Arbeitsversicherung“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Weiterbildung oder für Arbeitsplatzwechsel wirken. Eine so organisierte Flexibilität, verbunden mit einer nachhaltigen Struktur- sowie

einer nachfrageorientierten, investiven Stabilitätspolitik wäre aus Sicht der jungen Generation eine generationengerechte Politik – nicht die des kurzfristigen Stopfens von Haushaltslöchern.

Dies verweist auf einen zentralen Schwachpunkt der Gerechtigkeitsthesen von Olaf Scholz. Sie abstrahieren von der Ebene der Erwerbsarbeit. Soziale Gerechtigkeit früher und heute war immer auch an die Umverteilung von Arbeit gebunden und vor allem daran, das ungleiche Klassenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu regulieren. Davon darf und kann sich eine moderne Sozialdemokratie, die sich als gesellschaftlicher Fortschrittsmotor im Interesse der Menschen versteht, nicht verabschieden. Sozial gerecht ist dabei allerdings nicht alles, was Arbeit schafft. Damit ließe sich zweifelsohne auch die Sklaverei begründen. Sozial ist hingegen, was den Menschen (weltweit) die Sicherheit gibt, mit den globalen Herausforderungen zu leben und arbeiten.

Gerade aber wenn staatliche Regulierung auch künftig eine wichtige Rolle spielt und spielen soll, muss die Linke neu darüber nachdenken, wie ein positives Staatsverständnis neu etabliert werden kann. Das wird nur funktionieren, wenn der Sozialstaat in Zukunft nicht mehr nur auf dem Kontoauszug wahrgenommen wird, sondern bei der Hilfe nach individuellem Fortkommen und der Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens und Arbeitens. In unserer eigenen Generation ist dies wichtiger denn je: Das Vertrauen in staatliche Institutionen ist bei ihr fast gänzlich verloren gegangen. Während dies von Konservativen und Liberalen zum Raubzug gegen den Staat ausgenutzt wird, muss es der jungen Sozialdemokratie gelingen, sozialstaatliche Unterstützungsleistungen wieder „erlebbar“ zu machen. Das kann zum Beispiel auch bedeuten, individuelle Karriere nicht mehr zu diffamieren, sondern mit Beratungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsleistungen zu unterstützen.

Das Vertrauen in den Staat ist von der herrschenden Politikergeneration zerstört worden. Ein zentrales Projekt der nächsten Generation ist es, dieses Vertrauen zurückholen und ausgehend von einem neuen Konsumverhalten, soziale Leistungen auf vorwärtsgerichtete, innovative und qualifizierende Maßnahmen umzusteuern.

Vor dem Hintergrund der fundamentalen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, mit völlig neuen Anforderungen an die Gestaltungsfähigkeit der Menschen ist ein neuer sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat – als Inbegriff sozialer Gerechtigkeit – unerlässlich. Es wäre das erste Mal, dass es der SPD gelingt, diesen zu bauen. Will die SPD nicht noch mehr Wahlen verlieren, muss sie jetzt die Frage beantworten, wie wir zukünftig Leben, Arbeiten und Wirtschaften wollen. Die Antwort darauf ist die Grundlage für eine neue soziale Gerechtigkeit.

spw 4 / 2003



Foto: Christian Kiel (Berlin)